



Bildungsvolksbegehren: Androsch gibt nicht auf

WIEN. Das im Parlament bereits „enderledigte“ Bildungsvolksbegehren ist noch am Leben. Am 17. September findet ein erneutes „Vernetzungstreffen“ der Initiative rund um den Industriellen Hannes Androsch statt. Die Grünen wiederum wollen als „parlamentarischer Arm der außerparlamentarischen Bildungsoption“ die Anliegen des Volksbegehrens in den Nationalrat bringen, so Bildungssprecher Harald Walser.

Androsch selbst will erreichen, dass jene „dunklen machtpolitischen Kräfte“, die die Volksbegehren-Forderungen blockieren, bei den

Nationalratswahlen abgestraft werden. Das Volksbegehren hatte Mitte November des Vorjahrs rund 383.000 Unterschriften und eine Beteiligung von 6,07 Prozent erreicht. Gefordert wurden unter anderem die Ganztagschule als Regelschule, ein flächendeckendes Angebot an ganztägigen elementarpädagogischen Einrichtungen (Krippen, Kindergärten) in Bundeskompetenz sowie eine gemeinsame Schule.

Im Nationalrat wurden nach der Behandlung des Begehrens allerdings nur „zahnlose Entschlüsse“ beschlossen, kritisierte Androsch.



Die Forderungen des Volksbegehrens, u. a. die Einführung der Ganztagschule, sollen erneut ins Parlament kommen. FOTO: APA



Minoritenplatz soll Schredder anstellen, sich raushalten

Auf die OECD-Bildungsstudie folgt Ursachenforschung – bloß die falsche, sagt Experte Stefan Hopmann

Peter Mayr, Karin Riss

Wien – 570 Seiten ist die am Dienstag präsentierte OECD-Bildungsstudie stark, in Österreich fokussierte sich die Debatte am Tag „danach“ vor allem auf eines: ob Lehrer hierzulande zu wenig Zeit im Klassenzimmer verbringen und dafür vielleicht auch noch zu viel Geld verdienen.

Themenverfehlung

Für Bildungswissenschaftler Stefan Hopmann von der Universität Wien ist das eine glatte Themenverfehlung. Auch die „ewigen Mantras“ von Ganztagschule und Gesamtschule würden dringend nötige Reformschritte nicht beschleunigen. Hopmann im Gespräch mit dem STANDARD: „Es kommt schlicht und einfach darauf an, dass in Österreich die gezielte Förderung von denjenigen, die Förderung brauchen, schlecht

dasteht.“ Denn das Schulwesen funktioniere hierzulande immer noch nach dem Prinzip „ein Lehrer, eine Klasse, ein Fach“, was dazu führe, dass das System Schule „nicht ausreichend flexibel reagieren“ könne.

Da gehe es um ein vernünftiges Wechselspiel von Kleingruppen, Großgruppen, und der Möglichkeit, „dass man mal Einzelne herausfischt und gezielt fördert“. Dieser starre Schulalltag bevorzuge jene, die zu Hause Unterstützung haben. So weit, so bekannt, so veränderungsresistent. „Diese blödsinnige Fixierung darauf, ob jetzt jeder Lehrer mehr Stunden erteilen soll“, ist für Hopmann relativ wertlos. „Wichtig wäre eine reale, lokale

Schulautonomie. Aber solange man am Minoritenplatz (*Sitz des Bildungsministeriums, Anm.*) nicht bereit ist, den Schredder anzustellen und sich einfach rauszuhalten aus Sachen, funktioniert das nicht.“ Das zeige sich auch am Beispiel Neue Mittelschule, deren Einführung nach Ansicht Hopmanns „wieder „von einem Haufen Vorschriften begleitet wurde, die kein Mensch braucht“. Ziel müsse vielmehr sein, die Schulverwaltung „auf eine Armlänge Distanz zur Politik“ zu bringen, wie das in anderen Ländern der Fall ist. Denn „halb-gare Schritte“, wie er sie in der österreichischen Schulpolitik des Öfteren erlebt, „sind meist sogar schädlich“.



Kündigt heißen Bildungsherbst an: Mr. Volksbegehren Hannes Androsch.

Foto: APA

Am Tag eins nach der Präsentation der OECD-Studie meldete sich auch Hannes Androsch, Initiator des Bildungsvolksbegehrens, zu Wort. Seine Botschaft: Auch wenn das Volksbegehren im Nationalrat „enderledigt“ worden ist, seien dessen Anliegen wichtiger denn je. Die „dunklen machtpolitischen Kräfte“, die die Forderungen blockieren, sollen bei den Wahlen „abgestraft“ werden.

Androsch sieht den Widerstand ohnehin „bröckeln“ – ein Indiz dafür seien die Gesamtschulpläne des Tiroler Landeshauptmannes Günther Platter (VP). Androsch will dafür sorgen, dass das Thema Bildung breit beim SPÖ-Parteitag diskutiert wird. Grünen-Bildungssprecher Harald Walser will als „parlamentarischer Arm der außerparlamentarischen Bildungsopposition“ die Themen des Volksbegehrens erneut in den Nationalrat bringen.